

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

276 (26.11.1919)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkassett 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Typsetz. Kolonelzeile od. deren Raum 20 J., Restamen 1.—M., zuzüglich 80 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 vorwärts, für große Aufträge nachzuverhandeln.

# Neue Schwierigkeiten mit der Entente.

## Abbruch der Verhandlungen in Paris.

Paris, 25. Nov. In der „Deutschen Allg. Zeitung“ wird berichtet, daß der Führer der deutschen Delegation in Paris, welcher die Aufgabe hatte, über die Verhandlungen wegen des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag zu verhandeln, mit den Angehörigen der Delegation nach Berlin zurückgekehrt ist. Das Kabinett wird in seiner heutigen Sitzung den Bericht über den Gang der Verhandlungen in Paris entgegennehmen. Neben dem Inhalt dieser Mitteilung ist amtlich zur Stunde noch nichts bekannt. Indessen dürfte man aus der Tatsache, daß die Delegation plötzlich und vollständig Paris verlassen hat, den Schluss ziehen können, daß die Verhandlungen über das Zusatzprotokoll auf Schwierigkeiten gestoßen sind, wenn nicht gar auf dem toten Punkt angelangt sind. Frankreich hat bekanntlich verlangt, daß in dem Zusatzprotokoll Bestimmungen für die Nichterhaltung der Waffenstillstandsbedingungen aufgestellt und daß es von Deutschland zusammen mit der Friedenskommission unterzeichnet würde. Die in ihm enthaltenen Bedingungen erscheinen für Deutschland nicht annehmbar und die Reichsregierung will, bevor sie zu der Frage des Zusatzprotokolls Stellung nimmt, offenbar erst die Verhandlung in Paris abwarten. Wenn heute die Delegation zurückgekehrt und damit auf einen ablehnenden Standpunkt der Franzosen geschlossen werden kann, so dürfte dieses Ergebnis angesichts des Ausfalls der Wahlen in Frankreich, die eine ausgesprochen nationalistische Tendenz verraten, nicht besonders Verwunderung erregen.

Paris, 25. Nov. (Agence Havas.) Wie „Le Presse de Paris“ meldet, bringt die gestern Abend Herrn von Bernstorff übergebene Note das letzte Ersuchen des Obersten Rates über die Abreise Simons und seiner Mission zum Ausdruck. Die Note betont weiter, daß, wenn der Vertrag von Versailles am 1. 12. nicht in Kraft gesetzt werden könne, die Verantwortung dafür der deutschen Regierung zufällt, da die Abreise Simons die Verhandlungen bezüglich des Vertrags unterbreche. Die Note schließt mit der Frage an Herrn von Bernstorff, welcher Art die Absichten des Berliner Kabinetts seien.

Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Berlin berichten: Inner- und außenpolitisch steht die Regierung vor außerordentlich schweren Entscheidungen. Die deutsche Delegation ist nach Paris entsandt worden, um dort in mündlichen Verhandlungen über die letzte Note der Entente wegen Nichtausführung des Waffenstillstandsvertrages zu verhandeln. Für jeden, der das deutsche Wirtschaftsleben prüft, muß es klar sein, daß eine Ablieferung der geforderten Danks, Schlepper usw. nicht nur die deutsche Schifffahrt, sondern unsere gesamte Industrie und unseren Handel aufs schwerste gefährdet. Nur ein kleiner Rest dieser so wichtigen Bestände würde uns verbleiben. Die deutschen Häfen würden veröden und die Einfahrt zu ihnen verfallen. Zweifellos wird der deutsche Vektor, Geh. Rat Simon, gestützt auf unerschütterliches Material die Unmöglichkeit der neuen feindlichen Forderungen dargelegt haben. Doch ist zuverlässiges nichts bekannt über den Eindruck, den seine Darlegungen auf der Gegenseite hervorgerufen haben. Aber seine plötzliche Rückkehr und die französischen Presselamentare lassen nichts Gutes erwarten. Man muß aus ihnen weiter schließen, daß die Hoffnung des ganzen deutschen Volkes, unsere schwergeprüften Gefangenen, diese in der Seele gemarterten Menschen, bald wieder in der Heimat begrüßen zu können, bei der Haltung der durch die Wahlen im nationalistischen Sinne gestärkten französischen Regierung wieder herabgesetzt werden muß. Die Hebrmacht der Entente kennt keine Grenzen und erschwert die Konsolidierung Deutschlands. Ueberall zeigt sich in den deutschen Landen der Wille zur Arbeit und immer wieder wird die schaffende Hand lahm gelegt durch einen auf die Dauer ganz Europa ins Unglück stürzenden Unverstand feindlicher Mächte.

## Ministerrat in Paris.

Paris, 25. Nov. (Ag. Havas.) Clemenceau ist heute morgen aus der Bende nach Paris zurückgekehrt, wo er einen Ministerrat einberufen hat, der heute nachmittags 3 Uhr zusammentrat.

## Schiffanpolitik.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird das deutsch-französische Abkommen über die deutsche Wäbelausfuhr von zuständiger Stelle folgendermaßen ausgelegt: Die Sequestrationen werden aufgehoben. Aber die Ausfuhr ist in jedem Falle an eine besondere zu erzielende Ausfuhrerlaubnis geknüpft. Auf der Präfektur wurde erklärt und außerdem durch die Zollbehörde bestätigt, daß für die zur Ausfuhr gelangenden Möbel, wie schon längst beabsichtigt war, Ausfuhrzölle erhoben werden. Da diese außerordentlich hoch sind und sich infolge der deutschen Wäbelausfuhr noch bedeutend erhöhen, wird damit die Wäbelausfuhr praktisch so gut wie unmöglich gemacht.

## Zur französischen Gefangenen-Note und zur Frage der Auslieferung der Schuldigen.

Berlin, 25. Nov. In der letzten Note, die der deutschen Friedensdelegation überreicht worden ist, wird behauptet, die deutsche Regierung habe sich außerstande erklärt, die durch die Unterzeichnung des Versailler Ver-

trages übernommene Herausgabe der Deutschen, die in ihrer amtlichen Tätigkeit Greuel begangen hätten, zu erfüllen. Mit dieser Bemerkung wird offenbar auf folgenden Vorgang angepielt: Vor Uebergabe der Note, die sich mit der Errichtung des Zusatzprotokolls befaßt, hat es die deutsche Regierung für notwendig gehalten, die a. und a. Regierungen auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinzuweisen, welche in der Auslieferung der Schuldigen für Deutschland liegen. Sie hat keineswegs die einmal übernommenen Verpflichtungen abgelehnt und hat vor allem betont, daß sie keineswegs beabsichtige, wirkliche Schuldige einer gerechten Strafe zu entziehen. Wohl aber hat sie durch einen Beamten des Auswärt. Amtes den alliierten Regierungen Anregungen übermitteln lassen, die geeignet erscheinen, für beide Vertragsgegner Ungutzuglichkeiten zu vermeiden.

## Die Zurückhaltung unserer Gefangenen — die größte Schmach und Schande dieses Jahrhunderts.

Endlich ein Echo der Klage, der Anklage, die aus den französischen Gefangenenlagern an das bisher anscheinend taube Ohr der Kulturwelt dringt. Im „Berliner Tageblatt“ schreibt eine Frau:

„Und die Welt tanzt, lacht und prahlt wieder drauflos. Sie kümmert sich nicht darum, daß noch Tausende und Abertausende von deutschen Opfern in französischer Gefangenschaft schmachten, teilweise das Allernotwendigste entbehrend. Jetzt, wo der Winter keine warmen Kleider, von Heizung nicht zu reden, und die moralische Kälte drückt sie noch belodend nieder. Und dieses Ungehörliche ist Tatsache, mehr als ein volles Jahr nach Beendigung des Krieges. Man spricht doch die Menschen grausame Weisheiten geworden! Man spricht fast allgemein von einem Druck, der auf einem lastet, und sieht nicht, begriff nicht, daß dieser Druck auf dem Gewissen liegt (denn das Gewissen läßt sich immer noch nicht verleugnen), weil wir ungenötigt empfinden, wie freibehalt feige und roh wir sind, daß wir nichts tun, diesen Allerärmsten zu helfen.“

Die Gleichgültigkeit, mit der die Völker zusehen, wie die Kriegsgefangenen immer noch in Frankreich zurückgehalten werden, ist die größte Schmach und Schande dieses Jahrhunderts. Man befreit sich über die Grausamkeiten der Bolschewisten und vergißt, daß das, was den unglücklichen Gefangenen angetan wird, mindestens ebenso schlimm ist. Und was haben denn die armen Kriegsopfer bekommen? Ihre einzige Schuld ist, daß sie die Unterlegenen sind, nachdem sie jahrelang für ihr Vaterland gekämpft und gelitten haben. Es kostet wahrhaftig nicht große Mühe, sich eine Vorstellung von der Verzweiflung dieser armen Menschen zu machen, wenn man nur bedenken wollte, daß sich unter ihnen viele befinden, die schon jahrelang Gefangen sind, und viele, die dabei Frau und zwei, drei und vier Kinder haben. Wir scheitern, der Volkswissenschaft, den die französische Regierung betreibt, sollte Aufsehung in der ganzen Welt herbeirufen. Und wir lesen und kennen die traurigen Berichte über die armen Kriegsgefangenen, aber man ist zu feige und zu bequem, dem aufsteigenden Mitleid wirklich Einlaß zu gewähren. Man schüttelt den Kopf ab, der einem ab und zu beschleicht, und tröstet sich mit der billigen Beschwichtigung, daß einzelne könnte doch nicht helfen. Doch, und tausendmal ja! Er soll helfen wollen und soll für diesen Wunsch arbeiten. Eine Petition müßte daraus entstehen. Die Völker würden endlich aufgerüttelt und würden einen Druck ausüben, und damit würde der Druck auf unserem Gewissen weichen.“

Wir stimmen der „Frankf. Ztg.“ zu, die dazu sagt: Wird diese Stimme vereinzelt bleiben oder ist sie ein Anzeichen der endlich dämmernenden Erkenntnis, daß die menschliche Gesellschaft sich selber ins Fleisch schneidet, indem sie dem ungeheuren Schand der Verflabung der Kriegsgefangenen ohne Protest zuschaut? Welche neutrale Bürgerchaft wird jene „Petition“ einleiten und sich selber ehren, indem sie die Ehre der Menschheit rettet?

## Zur Einigungsfrage

Wird dem „Vorwärts“ aus dem Büro des Parteivorstandes geschrieben: Die Zentralkommission für Einigung hat an die Vorstände der sozialdemokratischen Parteien das Ersuchen gerichtet, einer von der Zentralkommission gebildeten Kommission eine Unterredung zu gewähren zur Herbeiführung einer gemeinsamen Front gegen die reaktionären Treiber. Die Unabhängigen hätten geantwortet, daß sie diese Körperschaft als nicht geeignet betrachteten. Vertreter des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei erklärten aber, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei jederzeit bereit sei, unter Voranstellung der prinzipiellen Gesichtspunkte, über die unter Sozialdemokraten keine Streitigkeiten bestehen, und unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten persönlicher Art mit der Parteileitung der Unabhängigen zu Unterhandlungen zusammenzutreten, die zur Bildung einer alle Sozialisten zusammenfassenden Arbeits- und Kampfgemeinschaft gegen die Reaktion führen werde.

## Der Sieg der Bourgeoisie.

Unser langjähriger Pariser Mitarbeiter, der dieser Tage nach Frankreich zurückgekehrt ist, schreibt uns vom 18. November über den Ausfall der französischen Wahlen: Es sind jetzt gerade vier Jahre her, als ich Paris verließ. Welcher Umschwung des Straßenbildes! Damals gab es nur dunkle Straßen und dunkle Kleider, keine Untergrundbahn, keine Cafés, nach 9 Uhr abends kein Feinbrot, keine Autobusse: es war Krieg!

Nun finde ich wieder mein altes Paris der Friedenszeiten. Wieder tanzt und schreit um mich der betäubende Strudel des Straßenlebens, die Straßen erstrahlen in blendendem Lichterglanz: überall quillt Leben. Die Autos faulen, die Damen in verführerischen Toiletten, wie nur die Pariserin sie zu tragen weiß, schmücken in wegender Grazie die öffentlichen Wege, ich habe wieder knuspriges „Croissants“ gegessen — nur daß sie doppelt so teuer sind —, wieder habe ich mich wiegen lassen von dem Haften des Ueberflusses. In Paris und den Pariserin scheint der Krieg spurlos vorübergegangen zu sein.

Und doch sind Veränderungen, tiefe Veränderungen, die nur der Wissende erfassen kann. Doch davon ein andermal vielleicht. Zunächst wollte ich mir Rechenschaft ablegen von dem Resultat der Wahlen, von ihrem voraussichtlichen Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs — und damit Deutschlands. Denn der Krieg — und das ist das Paradoxe der Weltgeschichte — hat die Geschichte beider Länder untrennbar zusammengeknüpft.

Ich kaufte mir also Zeitungen — aber vielmehr ich wollte mir Zeitungen kaufen. Doch — so unglücklich es auch scheinen mag für jeden, der Paris und Frankreich kennt —, in Paris gibt es jetzt keine Zeitungen! Es gibt wohl zwei bedruckte Blätter, eins der Presse der Bourgeoisie, eins der Sozialisten und Arbeiter, es erscheint wohl auch sporadisch eine spärliche Nummer des einen oder des andern Blattes, aber das ist alles nur Erbsen und Erbsen vom Erbsen. Die Presse mit ihren schreienden Uebergriffen, ihrer betäubenden Klänge, womit Paris Frankreich beherrscht,

## die Presse ist verschwunden.

Ein einfacher Gehekreiß — der aber doch vor wenigen Jahren unmöglich gewesen wäre — genügt, um die sogenannte öffentliche Meinung, die in der Redaktion fabriziert wird, totzuschlagen, oder sagen wir schmeintot. Und das mitten im heftigsten Wahlkampf!

In dieser Tatsache drückt sich einestheils die Kraft der Gewerkschaften aus, deren Mitgliederzahl von 300 000 im Jahre 1914 auf nahezu 2 Millionen gestiegen ist, und eine gewisse souveräne Geringschätzung der produzierenden Massen für die leerlaufende Windmühle einer unproduktiven Politik. Ich sah sie vorhin zur Versammlung gehen, die streitenden Schriftsteller, unter den Augen von etwa einem Dutzend Polizisten, die den Fußsteig besetzten, der dem Zugang zum Gewerkschaftshaus gegenüber liegt. Ich muß gestehen, daß diese Streitenden auf mich einen ganz anderen Eindruck machten als jene vor dem Kriege, und zwar einen ungleich günstigeren. Diese Arbeiter können vielleicht einen Streik verlieren, aber nicht mehr zersprungen werden.

Da ich keine Presse fand, suchte ich mich persönlich zu informieren. Doch das ist leichter gewollt als getan. Die Abgeordneten sind noch in ihren Wahlkreisen oder ruhen sich aus von den Strapazen der Wahlkampagne. Es gelang mir jedoch,

## den führenden Kopf der Gewerkschaften,

den Leiter des Metallarbeiterverbandes, Wertheim, zu sprechen, und den Führer der Sozialistischen Partei, den nicht wiedergewählten Enkel von Karl Marx — nicht wiedergewählt trotz der 112 000 Stimmen, die auf seinen Namen entfielen —, Jean Longuet. Longuet, noch heiser und heiß vom Kampfe, aber sonst frisch und optimistisch, empfing mich in alter Lebenswürdigkeit.

„Wir hätten mit dem gegenwärtigen Wahlsystem“, sagte er mir, „einen großen Wahlsieg erringen können, doch unter einer Bedingung: daß wir uns mit den Radikalen verbünden. Politisch wäre dieser Sieg für uns jedoch abscheulich gewesen. Wir hätten unsere Selbstständigkeit und unsere Prinzipien aufgeben müssen. Wir haben vorgezogen, allein in den Kampf und in eine wahrscheinliche Wahlniederlage zu gehen. Wir haben mindestens 700 000 Stimmen gewonnen, aber eine große Anzahl von Mandaten verloren.“

Wir stehen allein, aber wir sind stärker denn je — trotz des großen Wahlerfolgs Clemenceaus.“

„Und wie denken Sie sich die politischen Folgen der Wahlen?“

Longuet begnügte sich, mit den Achseln zu zucken, als wolle er damit andeuten, daß ihm dies vorläufig keine Sorge mache. Wir wurden in unserer Unterhaltung von Daniel Renault und Morizet unterbrochen. Das Gespräch wurde persönlich und dann erst Longuet davon, um eine Dankesadresse an die Wähler seines Wahlkreises zu verfassen.

Gedankenvoll ging ich fort, um Wertheim aufzusuchen.

Sie fand ihn in seinem Bureau, wie immer bei der Arbeit. Doch es ist nicht mehr der leidenschaftliche, verbissene Agitator von früher. Nüchtern überlegt, gefasst ist seine Rede, und selbst in seiner Kleidung ist dieselbe Aenderung zu bemerken. Die Begrüßung war herzlich.

„Wie sieht es bei Euch jetzt aus?“ fragte ich zunächst. „Es geht. Wir haben wohl zu kämpfen mit unsern Galb- und Gangberrücken, in den Gewerkschaften wie auch in der Partei, und diese Kämpfe nehmen uns den größten Teil der Zeit weg, die wir lieber und besser der praktischen Arbeit widmen sollten, aber es gelingt uns doch, in den Gewerkschaften die Oberhand zu behalten.“

„Und in der Partei?“

„In der Partei herrschen die Draufgänger, die in die Falle rennen, die ihnen Clemenceau stellt.“

„Und was denkst du von dem Resultat der Wahlen?“

„Die Bourgeoisie hat den Krieg gemacht, sie muß jetzt den Frieden machen. Ob ihr das gelingen wird, ist eine andere Frage. Für uns ist der Ausgang der Wahlen vielleicht ein Glück.“

„Wir waren noch nicht bereit, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Wir haben jetzt die Zeit, uns dazu vorzubereiten. Wenn die in der Partei sich nur von Clemenceau nicht probieren lassen!“

„Unser Gespräch wandte sich den Dingen in Deutschland zu. Herrheim hörte mit Interesse und Ueberraschung zu. So weit sind wir in Frankreich noch nicht, sagte er schließlich.“

Zur Stunde liegt das vollständige Resultat noch nicht vor, doch dürften die Sozialisten ganz erheblich an Stimmen zugenommen, doch von 101 Mandaten auf 63 bis 70 zurückgegangen sein.

Die Radikalen sind nur da nicht zusammengehauen worden, wo sie nicht aufgingen in den reaktionären Block. Die Bourgeoisie der rückständigsten Sorte hat einen entscheidenden Wahlsieg errungen. Wie sie sich damit abfinden wird, ist eine besondere Frage. Denn jetzt gehts ans Gehen!

**Badischer Landtag.**

Verprechung der Ledervertierung und Schuhnot. — Front gegen das Schiebertum. — Die Sozialdemokratie verlangt Zuchthausstrafe und Arbeitszwang gegen Schieber und Bucherer.

gr. Karlsruhe, 26. Nov.

**6. öffentliche Sitzung.**

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.25 Uhr. Eingegangen ist eine Petition um Zentralisierung des Arbeitsnachweises.

Auf eine Anfrage des Abg. Massa (Dem.) betr. Verteilung der im Besitze der Landesverwaltung befindlichen Textilwaren teilt die Regierung in schriftlicher Antwort mit, daß das Reichsfinanzministerium zur sofortigen Verteilung bereit ist, sobald die preussische Militärverwaltung die Bestände freigibt. Die Verteilung wird daher alsbald erfolgen. Die Textilvorräte aus Landesbeständen sind bisher noch nicht genau festgestellt. Ein Verbot ist es, daß noch 51 Millionen Meter Kleiderstoffe vorhanden seien. Die badische Regierung wird sich dauernd um eine Verbesserung in der Verteilung bemühen.

Auf eine Anfrage des Abg. Henrich (Ztr.) betr. Erhebung von Beiträgen für den Berliner Metallarbeiterstreik bei den Arbeitern der Firma Benz und Lang-Mannheim, teilt Arbeitsminister Müller mit, daß kein einheitliches Resultat bei der Erhebung festgestellt wurde. Im allgemeinen wurden die Beiträge nur bei freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern erhoben. Nur bei Lang wurden auch andere Arbeiter beigezogen. Dieses Vorgehen ist jedoch nicht zu billigen.

Fortsetzung der Besprechung der

**Interpellation über die Kartoffelversorgung.**

Abg. Martin (Ztr.) wünscht, daß bei der Einsetzung von Kartoffelkommissionen zunächst an solche Bezirke herangegangen wird, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen. Fortgesetzte ungerechtfertigte Vorwürfe machen den Bauern wild. Schädigend wirkt das Frostwetter. Wenn mancherlei Vorräte noch in bäuerlichen Bezirken liegen, so erfolgte die Zurückhaltung nicht in spekulativer Absicht. Wenn man auch auf dem Lande den Buergeist findet, so ist er damit zu entschuldigen, daß die Bauern nur nachmachen, was sie jahrelang in der Stadt beobachtet konnten.

Abg. Rielhauser (Dem.) wünscht, daß von der Regierung alles geschieht, um die Kartoffelernte zu bergen. Die Produktion hänge von der Preispolitik ab. Bedeutungslos sei die Beschaffung von Saatgut, da hierdurch der Ertrag gesteigert werden könnte. Es ist zu bedauern, daß durch die Ausdehnung des Tabakanbaus die Bauern weniger die landwirtschaftlichen Produkte zur täglichen Ernährung anpflanzen. Die Ablieferungspflicht sollte nach der Fläche gemessen werden, wobei das Mehr an Leistung besonders gewertet werden sollte.

Abg. Belzer (Ztr.) meint, daß man von vornherein den Kartoffelpreis hätte höher ansetzen sollen; dann wäre gleich besser abgeliefert worden.

Abg. Mager (Ztr.) erinnert daran, daß Baden Zuschußland an Kartoffeln ist. Es macht sich nur geringer Widerstand gegen die Ablieferung bemerkbar und dieser rührt von den anfänglich zu niedriger angesetzten Preisen her. Voraussichtlich wird die Anbaufläche an Kartoffeln noch weiter zurückgehen, was von der Preispolitik herrührt. Wir lassen uns die Kritik am Staate nicht nehmen, ebenso wie auch Sie (zur Linken) früher schärfste Kritik übten.

Minister Kemmle: Der Preis von 750 M für Kartoffeln rührte vom Reich her. Dies möchte ich gegenüber dem Abg. Mager sagen, der anscheinend nicht unterrichtet ist. (Seiterteil.) Die badische Regierung erhöhte diesen Preis um 150 M und übernahm ihn auf die Staatskasse. Wir werden dafür sorgen, daß der Rückgang der Anbaufläche von Kartoffeln nicht ins Unermessliche geht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Im Schlußwort weist Abg. Arnold (Ztr.) gegenüber dem Abg. Martin darauf hin, daß Mannheim vom September bis November 109 000 Zentner Kartoffeln erhielt, während es Anspruch hatte auf 175 000 Zentner, abnehmen von den einwaagelagerten Winterkartoffeln. Wir müssen in erster Linie Lebensmittel bauen; die ganze Frage ist deshalb eine Produktionsfrage.

**Anfragen über Ledervertierung.**

Abg. Schön (Dem.) fragt an wegen der Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachttier und betr. der Vorräte an Rohleder und Lederknappheit.

Abg. Spang (Ztr.) begründet seine Interpellation betr. der ungeheuren Ledervertierung und der hierdurch hervorgerufenen Schuhnot. Ein striktes Ausfuhrverbot für Leder und Lederwaren ist vor allem nötig.

Minister Kemmle: Die badische Regierung stellte sich von Anfang an auf den Standpunkt der öffentlichen Bewirtschaftung des Leders. Sie verlangte sofort nach Eintritten der Reichsstände Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Die Reichsregierung betonte jedoch demgegenüber in einer Interpellation im Reichstag, daß wir bereits im Frieden auf große Einfuhr angewiesen waren. Bei dieser Sachlage kann die badische Regierung ihren Antrag auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft nicht wiederholen. Dagegen ist bekanntlich eine Notstandsversorgung eingetreten. Abhilfe erwarten wir daher in erster Linie von der Aktion der Reichsregierung. Baden kann nicht allein für sich die Zwangswirtschaft wieder einführen. Wir verlangen vor allem ein Verbot auf Herstellung von Zurechtarbeiten. Insbesondere wird den Hautverkäufen Aufmerksamkeit zugewendet. Aus Heeresbeständen werden noch 40 000 Paar Schuhe angefertigt; ferner werden 18 000 Paar der Notversorgung zugeführt. Bei der Kriegslieferungsgesellschaft befinden sich noch Lederbestände, die für die Notstandsversorgung verwendet werden. Baden kann hier nur Teilmaßnahmen treffen, die nicht ausreichen können. Wir müssen deshalb im Uebergangsstadium zu einer Planwirtschaft kommen.

Abg. Marloff (Ztr.) begründet den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Das Staatsministerium wird ersucht, beim Reichsministerium dringend die sofortige Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Leder und Maßnahmen zu beantragen, welche die Versorgung der mangelbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk zu erzwingenden Preisen ermöglichen.

Es geht sich hier, daß wenn ein Stein aus der Zwangswirtschaft herausgenommen wird, das ganze Gebäude zusammenbricht. Abg. Spang nahm heute eine merkwürdige Stellung gegenüber der Zwangswirtschaft ein, nachdem er sie in anderen Zweigen bekämpft. Es war meine Fraktion in der Deutschen Nationalversammlung, die sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Leder aussprach. Trotzdem wurde sie aufgehoben. Nun haben wir die Folgen. Mangelbemittelte können sich kaum mehr Schuhe kaufen. Die Lösung dieser Frage durch die Reichsregierung ist keine glückliche. Unter allen Umständen hätte an der Zwangswirtschaft festgehalten werden sollen; dazu muß sie wieder eingeführt werden. Wir können nicht mit einem einzigen Produkt an den Weltmarktpreis herangehen. Helfen kann nur eine wohlüberdachte Planwirtschaft. Wenn die einzelnen Länder die Zwangswirtschaft in Leder verlangen, muß sich die Reichsregierung anschließen. In einem Falle wurde eine Kuh für 700 M verkauft. Der Preis für die Haut war jedoch um 200 M höher als für das ganze Schlachttier. Hieraus geht die Un Sinnigkeit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Sollte dies jedoch abgelehnt werden, so müßte in umfangreichem Maße billiges Schuhwerk an die mangelbemittelte Bevölkerung abgegeben werden. Während des Krieges wurde viel Leder verschleudert; jetzt muß dies wieder gut gemacht werden. Ich bitte um Unterstützung unseres Antrages.

Abg. Freudenberg (Dem.): Wir führten 1913 für 518 000 M Leder ein; dies müssen wir bei der Lederfrage beachten. Die Zwangswirtschaft war solange aufrecht zu erhalten, als die Grenzen gesperrt waren und wir durch die besetzten Gebiete unseren nötigen Bedarf befriedigen konnten. Während des Krieges war die Lederindustrie nie voll beschäftigt. Der Druck nach Beschäftigung wurde nach Kriegsausbruch niemals größer. Deshalb lehnten die Besitzenden ein, die Zwangswirtschaft aufzuheben oder zumindest die Einfuhr zu erleichtern, wobei wir die Unterstützung der Lederarbeiter hätten. Die deutsche Nationalversammlung hob deshalb gegen die Stimmen der Sozialdemokratie die Zwangswirtschaft auf. Der Gesellschaft zur Verbilligung der Schuhe werden große Summen zugeführt. Wir müssen vor allem daran denken, daß die Helle im Auslande noch teurer sind als bei uns. Bei unserem knappen Lederbedarf hat die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft keinen Wert und unsere Produktion würde wieder zurückgehen. Wenn wir uns hermetisch gegen das Ausland abschließen, wie sollen wir dann Rohstoffe vom Ausland herbringen. Wir müssen uns dem Luxus verschließen auf allen Gebieten. Wir müssen in Deutschland erkennen wie arm wir sind. Nur dann können wir gelunden.

Nach kurzen Schlußbemerkungen des Abg. Spang (Ztr.) und des Abg. Marloff (Ztr.), der darauf hinweist, wie der Luxus sich bei den Damen in Städtelshuben u. s. w. zeigt, wogegen entsprechende Steuern notwendig sind, wird die Beratung der Interpellation geschlossen.

Der sozialdemokratische Antrag, bei der Reichsregierung auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft einzutreten wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten und einem Teil des Zentrums angenommen.

(Schluß folgt.)

Die Verfassungskommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag vormittag nochmals mit den einzelnen Paragraphen des Diätengesetzes. Sie beschloß beim § 4 eine Herabsetzung der Entschädigung für die Ausschusssitzungen. Anstatt 20 M sollen für die auswärtswohnenden Abgeordneten nur 10 M, für die Bauern weniger die landwirtschaftlichen Produkte zur täglichen Ernährung anpflanzen. Die Ablieferungspflicht sollte nach der Fläche gemessen werden, wobei das Mehr an Leistung besonders gewertet werden sollte.

Die Kommission sollte sich dann noch mit der Regelung der künftigen Wahlen der Protestanten und der Israeliten, soweit sie nach den Bestimmungen der Verfassung eine Aenderung der Kirchensteuergesetze bedingen, befassen. Der Kultusminister erklärte aber, daß diese Angelegenheit mit dem Gesetzentwurf, der demnächst dem Landtage vorgelegt werden soll, ihren Abschluß finden werde. Bemerkenswert scheint uns aber das Resultat durch die Kirchenverwaltungen gemachte Zugeständnisse. Darnach wird auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht bei allen kirchlichen Wahlen gewährt; ebenso wird das Wahlalter auf 20 Jahre herabgesetzt. Ferner fällt das Erfordernis der selbständigen Lebensstellung künftig weg. Von dieser guten Einwirkung der badischen Verfassungsbestimmungen auf andere Körperschaften die im Staate Geltung haben, kann die Sozialdemokratie nur bejubeln.

Die Kommission für Gesuche und Beschwerden befaßte sich mit einigen der Eingaben, die in ziemlich großer Zahl an den Landtag gelangt sind. Da ist zunächst bemerkenswert ein Antrag der Bauernverbände von Waldbrunn um Ueberweisung von Mehl, das ihnen jetzt gesperrt ist. Die Kommission lehnt begreiflicherweise diesen Antrag ab; zunächst sei die Verlorung der Bevölkerung mit Brot die Hauptsache. — Die Bahnwärterswitwe Klein von Karlsruhe, deren Mann bei Wilsberg verunglückt ist, bittet um Erhöhung ihrer Bezüge. Der Regierungsvertreter erklärt, man sei bereit, in Notfällen einzugreifen. Die Kommission erklärt sich damit einverstanden. — Weil dem Reservisten Weichold in W. für einen verloren gegangenen Anzug durch die Militärbehörde nur 48 M als Entschädigung bewilligt wurden, verlangt er das Eingreifen des Landtages. Nach den gesetzlichen Bestimmungen konnte aber ein größerer Betrag nicht bewilligt werden, und so ist denn auch die Kommission nicht in der Lage, dem Antrag Beihilfe zuzugewähren.

Die Geschäftsliste. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß man sich mit der Absicht trägt, im Monat Dezember keine öffentlichen Sitzungen abzuhalten. Wenn nötig, sollen nur die Ausschüsse tagen. In dieser Woche sollen noch die beschiedenen Anträge über den Schleichhandel, die Lederfürsorge und über die Jugendfragen erledigt werden. Anfang Januar soll dann der Landtag wieder zusammenzutreten und alsbald den Staatshaushalt für das Jahr 1920 beraten. Man hofft, daß dessen Fertigstellung bis dahin erfolgt ist.

**Soziale Rundschau.**

Die Vertretung der Eisenbahner in den Verzeihungsausschüssen der Eisenbahnen. Die großen Eisenbahnerorganisationen im Reich haben beschlossen, daß in den einzelnen Bundesstaaten die Eisenbahnerorganisationen bestimmt werden, die Vertreter bei den Verzeihungsausschüssen der Eisenbahnen erhalten. Im zweiten Verzeihungsausschuß haben die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und damit auch der mit ihr verteilte Bad. Eisenbahnerverband seinen Sitz. Baden hat im Ganzen 8 Sitze in diesem Ausschuß und zwar einen Sitz der Südb. Verband und der Beamtenbund und der Bad. Eisenbahnerverband je ein Mandat.

**Gewerkschaftliches.**

Falsche Behauptungen des D.F.B. Vom Zentralverband der Handlungsgehilfen wird uns geschrieben: Durch die Presse geht eine Notiz des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, in der die Behauptung aufgestellt wird, der Zentralverband sei sozialistisch. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Zentralverband der Angestellten ist parteipolitisch völlig neutral und hat infolgedessen Angehörige aller politischen Parteien in seinen Reihen. — Es wird in der Notiz weiter behauptet, daß der Redakteur Lange der Handlungsgehilfensektion in der kommunistischen Dialektik-Gruppe einen gefährlichen Plan zur Zersplitterung der Gewerkschaften vorgelegt hat. Der Redakteur Lange steht diesem Artikel völlig fern.

**Jugend und Sport.**

Freie Turnerschaft Durlach. Einen erfreulichen Aufschwung in der Mitgliederzahl sowie in turnerischen und sportlichen Leistungen hat z. B. die Freie Turnerschaft Durlach zu verzeichnen. Auch eine Turnereinnenschaft konnte nach langer Pause wieder ins Leben gerufen werden, worauf die Tüchtiger der arbeitenden Bevölkerung noch besonders aufmerksam gemacht werden. Die Entwicklung wäre jedoch eine noch bessere, wenn die Durlacher Sportler über einen Turn- und Spielplatz verfügen könnten, dessen Fehlen für die Entwicklung des Vereins sehr hindernd ist. Trotzdem die Arbeiterturner jetzt endlich als vollberechtigte Bürger anerkannt sind und in hiesiger Turnhalle an zwei Turnabenden Eingang gefunden haben, muß sich der Turnrat schon seit Anfang d. J. mit der Stadtverwaltung wegen einem Turn- und Spielplatz herumtoben. Nun ist endlich nach über 1/2 Jahren in Aussicht gestellt worden, daß in „nächsten Tagen“ mit der Herrichtung eines Sportplatzes an der ehemaligen Ziegelei begonnen werden soll. Dieses Verprechen ist aber dem Turnrat schon wiederholt gegeben worden, so daß kein großer Glaube für dessen Erfüllung vorhanden sein kann. Von dem Turnrat hat die Freie Turnerschaft einen herrlichen Platz, welcher wurde derselbe im Laufe des Krieges als Schrebergarten umgewandelt. Es wurde damals auch gegen diese Umwandlung kein Einspruch erhoben, trotzdem man der Ansicht sein konnte, daß die Durlacher Bevölkerung auch nicht bezückerter wäre, wenn man diese Schrebergärten auf ein anderes Gelände verlegt hätte, als ausgerechnet auf den Turn- und Spielplatz der Freien Turnerschaft. Auch gab man sich der sicheren Hoffnung hin, daß die bankare Stadtverwaltung den zurückkehrenden Kriegern der freien Turnerschaft, deren Zahl auch nahezu 800 betrug, in Nähe wieder einen Platz zur Verfügung stellen würde, welche Hoffnung sich jedoch als trügerisch erwies. Zum Schluß richten wir aber auch an die Arbeitervertretung auf dem hiesigen Marktplatz die eindringliche Mahnung, sich mehr wie bisher um die Arbeiter-sport-Angelegenheiten, insbesondere um einen Spielplatz, anzunehmen. Die Arbeiter-Sportler haben Anspruch auf.

**Kleine Nachrichten.**

Berlin, 26. Nov. Auf Beschluß des Reichsverbandes Grobberlins traten laut „Voss. Zig.“ ab Freitag neues Einzahlungsgesetz in Ungen für die Beleuchtung der Geschäftsbetriebe, Konzertsäle und Festsaalunternehmungen in Kraft. Nach 1/2 Uhr abends darf Gas und Elektrizität für Beleuchtungszwecke nicht mehr gebraucht werden.

**Was bringt die Deutsche Spar-Prämienanleihe?**

Jedes Jahr 50.- Sparzinsen für ein Stück von 1000 Mark.

Jedes Jahr 25 000 Bauspargewinne von 1000 Mark bis 4000 Mark

Jedes Jahr 5000 Gewinne gleich 50 000 000 Mark.

Zeichnungen bei allen Bankgeschäften, Banken, Sparkassen u. Genossenschaften.

Mr. 2  
Berli  
hört, id  
Mark er  
Gesamt  
Berli  
die Bes  
gen And  
mteilm  
zurück  
Amte  
gemeldet  
Börse  
zusamm  
101 d  
Berat  
480 00  
len, Sta  
Zeit und  
Beschlo  
Wesken  
will der  
Wirtsch  
nehme  
Stoll  
mit drei  
hieser er  
Man  
Interesse  
Frage be  
wurde be  
sahnen n  
ber neu  
man ab  
schon vor  
Wagenfr  
nahmen  
len Wirt  
zu bekä  
manen a  
Anbrud  
traffe M  
yer Anbu  
hieser ei  
una do  
Frei  
füllt. K  
Kenzinge  
De  
So  
Do  
Am  
Ho  
Da  
E  
Te  
De  
Der  
Er  
Ab  
We  
Neue W  
Dem  
Gewähr  
an die  
alle bei  
ante, Le  
Berheir  
Rebige 8  
entspre  
gruppe I  
160 M  
die Bel  
erhalten  
arbeiten  
ber, bere  
sind eing  
Kind 100  
higen Fre

Berlin, 25. Nov. Die der „Berliner Sozialzeiger“ er-
fährt, soll die Reichseinkommensteuer 8 Milliarden
Mark erbringen. Bei der Kapitalsteuer in ihrer neuen
Gestalt rechnet man mit 1-4 Milliarden Mark.

Berlin, 25. Nov. Eine päpstliche Enzyklika verordnet, wie
die „West. Ntz.“ aus Rom meldet, für das Fest der un-
schuldig-Kindlein am 28. Dez. eine Sammlung an Geld, Nahrungs-
mitteln, Kleidern und Arzneimitteln für die Kinder Mittel-
europas, wofür der Papst selbst 100.000 Lire gestiftet hat.

Amsterdam, 25. Nov. Dem „Telegraaf“ wird aus London
gemeldet, daß die Regierung Mahregeln ergriff, um riesige
Vorräte an Wolle in den Kolonien und in England selbst an-
zusammeln. Der Generaldirektor für Rohstoffe Sir Arthur
Wolfford teilte mit, daß man im nächsten Jahre über einen
Vorrat von etwa 4 Millionen Ballen verfügen wird, wovon
480.000 Ballen nach Belgien, Frankreich, den Vereinigten Staa-
ten, Italien und Japan geschickt werden sollen.

Aus dem Lande.

\* Pforzheim, 25. Nov. Im Hinblick auf die Schwere der
Zeit und die Notlage unter der Bevölkerung hat der Stadtrat
beschlossen, im Jahre 1920 den Saalbau zur Abhaltung von
Maskenfällen nicht zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig
wird der Stadtrat das Bezirksamt ersuchen, es möge etwaige
Anträge auf Zulassung von Maskenfällen jeder Art nicht ge-
nehmigen.

Stollhofen b. Achern, 24. Nov. Bei einem Zusammenstoß
mit drei Wilderern wurde der Jagdaufseher Karl Duffner von
hiesigen erschossen.

Manheim, 24. Nov. Eine aus den hiesigen Handels- und
Interessenten stark besuchte Versammlung nahm zur
Frage der Erhöhung der Wagenstandsgebühren Stellung. Hierbei
wurde von dem Vertreter der Generaldirektion der Staats-
bahnen mitgeteilt, daß ein förmlicher Beschluß auf Einführung
der neuen hohen Wagenstandsgebühren noch nicht erfolgt sei, daß
man aber damit rechnen müßte, zumal Preußen und Sachsen
schon vorangegangen seien. Die Maßnahmen der Erhöhung der
Wagenstandsgebühren erfolge nicht zur Schaffung neuer Mehre-
innahmen sondern um die Verkehrsnot zu verbessern und die vie-
len Wünsche in der Venhütung und Auslastung der Wagen
zu bekämpfen. Die Schieber z. B. benützen die Eisenbahn-
wagen als Lager. Die Versammlung gab ihrer Ansicht dahin
Ausdruck, daß die Erhöhung der Wagenstandsgebühren eine zu
hohe Maßnahme sei und die Interessenten des Handels und
der Industrie außerordentlich schwer belaste. Da die Erhöhung
jedenfalls einen definitiven Charakter trage, so legte die Versamm-
lung demgegenüber Protest ein.

Freiburg, 25. Nov. Das hiesige Landesperantenamt ist über-
füllt. Ein arthurer Transport Strafgefangener mußte im
Kenginger Gefängnis untergebracht werden.

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 26. November.

Monarchischer „Zauber“.

Des Volksstaats Nahrung wird darüber klar sein,
Daß viele ihr mit Widerwillen dienen;
Solange Weismacher mit verdorrten Mienen
Am Freistaat mähen, wird er in Gefahr sein.
Wachbürger läßen gern, und das muß wahr sein,
Das neue Haus baldmöglichst in Ruinen,
Sie möchten wieder, fürstengumstülchten,
Tragsäulen für den Thron und Altar sein.
Der echte Untertan läßt sich nicht leiten
Von feinesgleichen; er verachtet jeden,
Der Bürger nur, wie er, wenn auch im Frack ist;
Er schwärmt für „gottgesalbte“ Christen;
Von dürfen Fürsten in den Hintern treten,
Wenn nur dabei der Schuß von feinstem Laß ist.
Ferdinand Nablinger.

Neue Beschaffungsbeihilfe an die städtischen Bediensteten.

Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage des Stadtrats betr.
Gewährung einer einmaligen Beschaffungszulage
an die städtischen Bediensteten zugegangen. Dieselbe soll sich auf
alle bei der Stadt vollbeschäftigten Bediensteten (Arbeiter, Be-
amte, Lehrer usw.) erstrecken und beträgt in Ortsgruppe I für
Verheiratete 500 M., jedes zu berücksichtigende Kind 200 M.,
Ledige 300 M. In den andern drei Ortsgruppen sind dem-
entsprechende niederere Sätze veranschlagt, so z. B. in Orts-
gruppe IV Verheiratete 200 M., für jedes Kind 150 M., Ledige
150 M. Die Wartefrauen der Bedürfnisanstalten und
die Beleuchtungsdiener, die nicht vollbeschäftigt sind,
erhalten die Hälfte obiger Beträge. Für die Kostenträger-
arbeiter, sowie die übrigen Arbeiter bei den städt. Betrie-
ben, deren Bezahlung über den städt. Lohnstarif hinaus geht,
sind eingestellt für Verheiratete 300 M., Ledige 250 M., jedes
Kind 100 M. Die in den Kriegsjahren nicht vollbeschäftig-
ten Frauen sind mit 100 M. bedacht.

Die zurückerstatteten Arbeiter und Beamten
und Sinterbliebene sind ebenfalls mit einer Beihilfe be-
dacht und zwar: verheiratete Aufbegehlerempfänger je nach der
Ortsgruppe 500-200 M., für Ledige, sowie für Witwen 300 bis
150 M., für jedes Kind 200-150 M. usw.

In der Begründung zur Vorlage wird auf die Beschaf-
fungszulage der staatlichen Beamten und Arbeiter und auf die
seit Gewährung der letzten Ausgleichszulage eingetretene Stei-
gerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel hingewiesen, was
der Grund für die Vorlage sei. Der Kostenaufwand beträgt
3.079.900 M. Zur Bedeckung desselben wird dem Bürgerausschuß
eine Vorlage zugehen.

Sterbesehung des Einlaß-Zinsfußes bei der städt. Sparkasse
von 4 auf 3 1/2 Prozent.

In einer städtischen Vorlage an den Bürgerausschuß
wird verlangt, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab der
Zinsfuß für die Spareinlagen bei der städt. Sparkasse auf
3 1/2 Prozent festgesetzt wird.

Begründet wird diese Maßnahme mit der immer schwie-
riger werdenden nützlichenden Verwendung der Einlagegelder
und mit der Steigerung des sachlichen und persönlichen Ver-
waltungsaufwands. Es wird dabei des näheren angeführt:
Für Neubauten kommen infolge der teuren und deshalb dar-
niederliegenden Bautätigkeit Hypothekengelder kaum in Betracht,
der Erwerb von Wertpapieren zu dauernder Vermögensanlage
ist zurzeit wenig verlockend. Die fester bei der Sparkasse
übliche Spannung von etwa 1/2 Prozent zwischen ihrem Zins-
aufwand für die Einlagen und ihrem Zinsertrag aus dauer-
nder Anlage genügt nicht mehr, um die Rücklagen zu vergrößern.
Der Geldzufluß zwingt die Sparkasse, die gefühlige Sicherheits-
rücklage in einer Höhe zu machen, die ihr Jahresergebnis be-
deutend übersteigt. Da diese Verhältnisse seit längerer Zeit
vorliegen, hat der bad. Sparkassenverband, dem auch die Spar-
kassen von Karlsruhe und Umgebung angehören, beschlossen,
den Zinsfuß vom 1. Januar n. J. ab auf 3 1/2 Proz. festzusetzen.

An unsere Leser! Infolge höchster Papier-
knappheit mußten verschiedene wichtige Nachrichten und
Verichte zurückgestellt werden, so der Nationalversammlung-
und Landtagsbericht, Roman usw.

Hilfsleistung der Militärrenten usw. am 29. November 1919.
Die Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren werden
daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Gebührene bei den
Postanstalten am 29. November stattfindet. Zur Vermeidung
von Weiterungen ist es nötig, daß die Besätze pünktlich am
Hilfsleistungstage abgehoben werden. Empfänger, die am
Hilfsleistungstage verhindert sind, werden ersucht, die Besätze
noch im Hilfsleistungsmomente abzugeben. Empfänger in die
Militär-Versorgungsgebühren, die deren Ausstellung in die
Wohnung wünschen, haben einen entsprechenden Antrag an die
zuständige Postpostanstalt bei der die Besätze bisher abgeholt
wurden, zu richten. Vorbrücke zum Antrag gibt die Postanstalt
ab, die auch Näheres über das Verfahren und die Zeit der Be-
stellung mitteilt.

Wegen Schiffsverkehrsüberfretung gelangte, wie der Polizei-
bericht meldet, der Geschäftsführer der garmalosen Fruchter-
wertung e. V., Peter Weber, Herrenstraße 29, zur An-
zeige, weil er für 1 Pfund Misse 3,20 M anstatt 2,50 M ver-
langte.

Diebstahl. Am 25. November wurde einem Steinbauer das
Fahrad aus dem Hof einer Wirtschaft in der Mittelstadt von
unbekanntem Täter gestohlen.

Verhaftet wurde ein 47 Jahre alter Tagelöhner aus Stau-
fenberg wegen erschwerter Diebstahl. Er hatte einen Stall
in der Wolfsmühlentstraße erbrochen und daraus 3 Hosen im
Werte von 100 M gestohlen, und ein 17 Jahre alter Bauarbeiter
aus Ettlingen wegen Diebstahls.

Landes-Theater. Heute Mittwoch findet eine Wiederholung
des „Nigenden Holländer“ mit Frau Hebb Jacema-Brigel-
mann als Gast der Partie der Sena. Den Abend singt Karl
Wieser. Am Sonntag, den 30. ds. Mts. wird „Mignon“ wieder-
holt. Solist: Jan van Gorkom als Galk, „Tegfried“ und
„Götterdämmerung“ werden am Donnerstag, den 4. und Son-
ntag, den 7. Dezember nachgeholt. Die Brunnhilden singt Frau
Kammerjängerin Morena von München anstelle der er-
krankten Frau Lauer-Kollmar.

Residenz-Theater. „Sünden der Eltern“, welches s. Jt. in-
folge eingetretener Stromperre nicht auf dem Spielplan bleiben
konnte, feiert Mittwoch seine Erstaufführung im Residenz-Theater
Waldstraße 30. „Durchs Mittel nach St. Laffien“ ist eine her-
liche, hier wohl schon interessierende Naturaufnahme, die im
gleichen Programm aufgenommen wird. — Schillerstraße 22,
Edel Gäßelstraße, zeigt ebenfalls ganz aussergewöhnliches Pro-
gramm, außer Media Red, einem Indanese-Spiel, sieht man
noch den Film einer Wundamba, betitelt „Prinzessin Rajana“
oder „Wenn ein Weib den Weg verliert“ in 8 Akten. — Kai-
serstraße 6, am Durlacher Tor, zeigt „Das Signal der
Rache“, Schauspiel in 4 Akten mit Theodor Loos, ferner das
Singspiel „Die Braut auf 24 Stunden“ und „Red muß man
sein“.

Letzte Nachrichten.

Protest der Arbeiter.

W.D. Berlin, 26. Nov. Beim Reichslangler er-
schienen gestern Arbeiter von der Germania-Werft und der
Reichswerft in Kiel, von der Vulkanwerft, von der
Hohwaldswerft und von der Teffenborgwerft in
Geestmünde, die auf Grund einer Konferenz der in allen deut-
schen Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter dringende Vor-
stellungen gegen die Ablieferung der von der Entente geforder-
ten Tods, Bezeugen und Vagger erhoben. Sie stellen beson-
ders die den Arbeitern drohenden Schäden eindringlich dar. Die
Konferenz betrachtet die Durchführung der Ententeforderung
als eine schwere Schädigung der wirtschaftlichen Inter-
essen der an den deutschen Schiffswerften beschäftigten Arbeiter
und ersucht die Reichsregierung, alles daran zu setzen, diese
schwerere Schädigung der Interessen der Beschäftigten abzu-
wehren.

Der Papst und die Gefangenen.

München, 26. Nov. Nach einer Mitteilung des Kardinal-
Staatssekretärs an die hiesige päpstliche Nuntiatur hat sich der
Heilige Stuhl in nachdrücklicher Weise dafür verwandt,
von Frankreich die Heimkehr der deutschen Gefangenen bis zum
Weihnachtsfest zu erwirken.

Die ungarischen Kreditskatoren vor Gericht.

W.D. Budapest, 26. Nov. Wie das Ung. Corr.-Bureau
mittelt, begann heute unter großem Andrang des Publikums
vor dem Strafgerichtshof die Hauptverhandlung gegen
24 Mitglieder der sogenannten Terroristen-Gruppe der gestürz-
ten Käteregierung, die einer Reihe von Mordtaten
angeklagt sind. Zunächst gelangt die Ermordung des Fürstbischofs
Debsa zur Verhandlung.

Belgisches Gericht.

W.D. Brüssel, 26. Nov. (Gavas.) Der Appellationsgerichts-
hof in Brabant beurteilte den Direktor der „Revue Internatio-
nale“, Wilhelm Vogel, wegen Unterstützung des feindlichen
Vorgehens und wegen Begünstigung seiner Ansichten zu 20 Jah-
ren Zwangsarbeit und 250.000 Fr. Schadenersatz.

Hilfeleistung für das darbennde Oesterreich.

Berlin, 26. Nov. Laut „N. Z. a. M.“ beriet heute vormittag
der deutsch-österreichische Ausschuss in der National-
versammlung, dem Mitglieder sämtlicher Fraktionen angehören,
über die Hilfeleistung an Deutsch-Oesterreich.
Eine Abordnung Reichsdeutscher in Deutsch-Oesterreich erhob
gestern beim Reichspräsidenten Vorstellungen wegen der No-
tlage in Oesterreich. Präsident Ebert führte in seiner
Peantwortung aus, daß auch in Deutschland die Lage durchaus
nicht so gut sei, wie außerhalb vielfach angenommen würde.
Die Hilfsaktion des Reiches würde, wenn das Kabinett glaube,
sie unternehmen zu können, dem gesamten Deutsch-
Oesterreich zugute kommen. Nebenfalls aber würde den
Reichsdeutschen in Oesterreich Hilfe gewährt werden.
Oberbürgermeister Wermuth sprach gegenüber der gleichen
Mitte die Hoffnung aus, daß der opferwillige Sinn der Berliner
Bürger bald Wege finden werde, mit den bescheidenen Mitteln,
die uns noch verbleiben, den Brüdern am Donaustrand zum
Ausdruck zu bringen, daß ihr Hilferuf nicht ungehört verhallt.
Auch der Deutsche Städtetag werde seine Mitglieder zur Hilfe
aufrufen.

Briefkasten der Redaktion.

B. B. Der Kriegsinhalte soll sich unter Vorlegung des
Sachverhalts an die Oberpostdirektion in Karlsruhe wenden.
Bei einigem guten Willen „oben“ muß sein Wunsch berücksichtigt
werden.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland,
Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Po-
litik, Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Reu-
tellen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger,
sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 7 Uhr im
Vereinslokal Lichtbildvortrag der Winterportifikation
„Grundzüge und Einführung in den Skilauf“ von Genosse
Würges. Freitag abend wichtige Monatsversammlung.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 200, gef. —; Rehl 321, gef. 15; Mainz 541,
gest. 80; Mannheim 488, gest. 51 Zentimeter.

Palast-Lichtspiele
Moderne Töchter!
Palast-Lichtspiele
Herrnstrasse 11.

Saute . . . . . für 120 M
Gitarre . . . . . 75 M
Konzertgitarre . . . . . 75 M
Gitarre mit . . . . . 60 M
zu verkaufen.
Häheres Butligstraße 14,
partierce. 8134

Daniels 8271
Konfektions-Haus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Für Damen
und Herren:
Loden - Mäntel
Pelzinnen
Regen - Schirme.
Billigste Preise.

Fritz Albrecht
Süddeutsche Photo-Vergrößerungs-Anstalt
Kaiser-Allee 51 Telephone 2443
Nach jedem a:en Bilde liefert preiswert.
Vornehme Ausführung.
Weihnachts-Aufträge baldigst erbeten. 8047

Zuarbeiterin
gesucht bei
Damenhändler
Adolf Domsch,
Marienstraße 32.
Bettnässen
Abhilfe sofort. Alter und
Geschlecht angeben. Aus-
kunft kostenlos. Werkzeu-
Verband München 190,
Reureuterstr. 13. 7987

Polzwaren
Colliers, Kragen, Muffen.
Moderne Formen Solide Verarbeitung
Grosse Aus-
wahl in Alaska-Fuchs
sowie allen anderen 6785
Polz-Arten.
Zirkel 32, 1 Treppe
W. Lehmann
im Hause der Fahrradhandlung.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Offenburger Anzeigen.
Lebensmittel - Versorgung.
Mit dem Verkauf der von der Stadt hergestellten
Fruchtmarmelade wird heute Mittwoch in der Frucht-
halle begonnen. Die Kopfmenge beträgt 250 Gramm
zum Preise vom 1.10 M. Die Verkaufstage sind jeweils
Mittwoch (5-12 und 2-6 Uhr) und kommen heute die
Inhaber der Ausweisnummern 4000 - 5600 an die Reihe.
Die Ausweisnummern müssen zum Abstemeln vorgelegt
werden.
Teilenen Nummern, die ihre Marmelade au-
gerufenen Tage nicht abgeholt haben, können später
nicht mehr berücksichtigt werden.
Offenburg, den 25. November 1919. 8241
Stadt, Lebensmittelamt.

Voranzeige.  
**Schloss-Café**  
 Eröffnung:  
 Samstag, 29. November.

**Karlsruher Liederkranz E.V.**

Samstag, 29. November  
 abends 7/8 Uhr  
 im grossen Saale der  
 Festhalle

**Konzert**

zur Feier des  
 1841 78. Stiftungsfestes

Jan van Gorkom, Kammer Sänger (Bariton);  
 Josef Peischer, Konzertmeister am Badischen  
 Landestheater (Violine); der Männerchor des  
 Karlsruher Liederkranz.

Musikalische Leitung und Klavier:  
 Kapellmeister Heinrich Kassimir.

Wir laden hierzu unsere verehrten Mitglieder  
 nebst Familienangehörigen mit dem Bemerkem  
 freundlichst ein, dass die unseren Mitgliedern  
 durch die Post zugegangenen neuen Mitglieds-  
 karten zum Eintritt berechneten und am Saal-  
 eingang vorzuzeigen sind.

Die bisherigen Mitgliedskarten haben  
 keine Gültigkeit mehr.

Für unsere Mitglieder sind der vordere Teil  
 des Saales und der unteren Galerie, sowie die  
 zwei vorderen Reihen der oberen Galerie (Balkon)  
 vorbehalten; diese Plätze dürfen nur gegen Vor-  
 zeigen der Mitgliedskarten besetzt werden.

Für die Plätze der oberen Galerie sind  
 neben den Mitgliedskarten noch besondere  
 Zählkarten nötig.

Für Nichtmitglieder sind Karten zum Preise  
 von 1 Mark in der Musikalienhandlung Fritz  
 Müller, Kaiserstrasse, erhältlich.

Der Zugang zum Saal und zur unteren  
 Galerie findet durch den Garderobebau  
 rechts, der Zugang zur oberen Galerie durch  
 das Hauptportal statt.

Auf der oberen und unteren Galerie ist  
 Gelegenheit zum Ablegen der Ueberkleider gegeben.

**Karten-Abgabe: Mitglieds-Beikarten,  
 Zählkarten** für die obere Galerie und **Karten  
 für Nichtmitglieder** werden am **Donnerstag,  
 den 27. November**, nachmittags von 4-6 Uhr,  
 im Vereinslokal, Amalienstrasse 14a, 2. Stock,  
 abgegeben.

Konzertbesucher, welche die Garderobe nicht  
 benutzen, werden gebeten, nach Schluss des  
 Konzerts den Ausgang nicht durch den Garde-  
 robenbau zu nehmen.

Saalöffnung 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Der Vorstand.

**Zuverlässiger Elektromechaniker**

mit langjährigen Erfahrungen in größeren Hochspan-  
 nungsanlagen für den Betrieb des Turbinenwerks  
 gesucht. Bewerb. mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften,  
 Lohnansprüchen und Angabe des frühesten Eintritts-  
 zeitpunktes an Oberdirektion des Wasser- und Stra-  
 ßenbaus, Abt. für Wasserkraft und Elektrizität,  
 Karlsruhe.

Sehr günstiges Angebot!

Diese Woche, ab 29. ds. Mts.  
 Eingang in fertigen

**Wlster**

zweireihig, Quetschfalten  
 in blau und schwarz  
 Reklamepreis Mk. 185.—.  
 Nur so lange Vorrat.

**L. Brotz**

18 Marienstrasse 18, parterre  
 Telefon 3950.

Voranzeige.  
**Schloss-Café**  
 Eröffnung:  
 Samstag, 29. November.

**Residenz-Lichtspiele**

Spielpläne vom 26. bis 28. 11. 1919  
 Waldstrasse



Erstaufführung des Filmwerkes

**Die Sünden der Eltern**

welches s. Zt. infolge durch Strommangel erfolgter Schliessung  
 zurückgestellt werden musste, ist ein von Arthur Teuber  
 geschickt bearbeitetes Thema aus dem täglichen Leben, mit  
 welchem der Regisseur Bruno Eichgrün die Gelegenheit zu  
 einer Reihe wirkungsvoller Szenen in grosszügiger Weise aus-  
 gestaltet hat. „Sünden der Eltern“ ist ein weit über dem  
 Durchschnitt stehender solider Film, an dem auch die Mitwirkenden  
 wie **Bruno Decarli und Violella Nanierska**  
 grosse Verdienste haben. — (Spieldauer 1 1/2 Stunden.)

Der Kritik das Wort:

**Berliner Lokal-Anzeiger:** „Sünden der Eltern“ ist ein moralisches  
 Stück, das sich vorteilhaft durch seine verständige Handlung  
 vor vielen seinesgleichen auszeichnet.

**Film-Kurier:** Ein Appl. Brunosfilm eigener Art, ohne die Geschmack-  
 losigkeiten der vielen anderen aufklärenden Filme. Der Verfasser  
 wird sich wahrscheinlich gegen die Bezeichnung Aufklärungsfilm  
 sträuben; aber es ist das beste Lob, das man seinem Stück  
 schenken kann. Das Werk ist voll sittlicher Werte.

**Durchs Albfol nach St. Blasien**

Naturaufnahme. 8232

Musikalische Illustration durch die bestens bekannte Künstler-  
 Kapelle, unter Leitung des Kapellmeisters Steinmüller.

Spielzeiten: 5—9, Samstag 4—10, Sonntag 3—9 Uhr.

**Residenz-Lichtspiele**

Schillerstr. 22, Ecke Goethestr.



**Prinzessin Tatjana**

oder  
**Wenn ein Weib den Weg verliert.**

Ein moralisches Stück, das sich vorteilhaft durch seine ver-  
 ständige Handlung vor vielen seinesgleichen auszeichnet, weiter  
 ausgezeichnet durch die gewählte russere Ausstattung und das  
 bewährte Spiel von

**Trude Hoffmann**

und  
**Eduard von Winterstein.**

**Der Tod des Indianerhäuptlings  
 REKKA RED**

Spannende Indianerkämpfe, Sitten u. Gebräuche der Indianer usw.

**Kaiserstrasse 5** am Durlacher Tor

**Theodor Loos**

in dem Schauspiel 8238  
**Das Signal der Rache.**

Erstaufführung!  
**Keck muss man sein**  
 mit **Thea Steinbrecher.**  
 Reizendes Lustspiel.

**Arbeiter Beamte  
 spart Euer Geld!**

Laßt Euer Schute mit unseren bestbewährten  
 Gummisohlen statt mit dem immer teurer  
 werdenden Leder besohlen.

Ein gewaltiger Preisunterschied  
 statt 25 und 30 Mark bloss 4—5 Mark.

Auch zum Selbstauslagern werden Gummipfatten  
 und dazu geeignete Nägel abgegeben. Jede  
 Reparatur wird binnen 12 Stunden erledigt.  
 Ebenso offeriere prima Gummiaufsätze in rund  
 und Form.

Werder-  
 platz 34 **Gummiwarenhans** Werder-  
 platz 31.

**Geschäft**

gleich welche Branche, mit  
 oder ohne Haus, sofort zu  
 kaufen gelinst. 7-95  
 M. Vujan, Siegenhafts-  
 Büro, Herrenstrasse 33.

**Maurer**

werden eingestellt 8230  
 Baugeschäft Jof. Heß  
 Eubendstrasse 21.

Voranzeige.  
**Schloss-Café**  
 Eröffnung:  
 Samstag, 29. November.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband  
 Zahlstelle Karlsruhe.**

Am kommenden Freitag, den 28. November,  
 abends punkt 7 Uhr, finden in folgenden Hofstr.

**Mitglieder-Versammlungen**

statt: 8221

„Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstrasse 18,  
 „Herrmann“, Eubendstrasse 58,  
 „Württemberger Hof“, Ede Hsland- und Goethestr.

**Tagesordnung in allen Versammlungen:**

1. Berichterstattung vom 3. Quartal.

2. Kartellbericht.

3. Die bisherigen Verhandlungen wegen der  
 Feuerungszulasse.

Verbandsblätter sind zur Kontrolle mitzubringen.

Die Ortsverwaltung:  
 A. A. August Philipp.

**Für Unsere Kleinen**

Sonntag, 30. Nov. 1919, nachm. 1/2 5 Uhr

**Eintrachtsaal Karlsruhe**

**Märchen-Abend** 8224

**Frau Holle**

und viele andere Märchen

**Melanie Ermarth**

Karten zu Mk. 4.40, 3.30, 2.20, 1.10  
 (inkl. Steuer), in der Musikalienhandlung,  
 Fritz Müller, Kaiserstrasse, Ecke Wald tr.

**Welt-Kino**

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

**Achtung!!**

Nur noch 3 Tage!

**Harry Piel**

Der raffinierteste  
 Abenteurer

in 8236

**Der grosse  
 Unbekannte**

Sensations-Abenteurer- und Detektiv-Schlager

5 Akte. 5 Akte.

Aus dem Inhalt:

Leben in den Lasterhöhlen Amsterdams. —  
 Betäubung durch Opiumrauchen. — Das Ver-  
 brechen in der Kaschemme. — Kampf des  
 Abenteurers Harry Piel mit den Verbrechern.  
 Der Abenteurer entzieht sich durch einen  
 genialen wie tollkühnen und halsbrecheri-chen  
 Trick den schon nach ihm greitenden Häschern.  
 Flucht mittels eines Wasserflugzeuges.  
 Eine aufre ende Jagd in den Lüften. —  
 Der Sprung aus dem Flugzeug in die  
 Tiefe des Sees.  
 Der Film ist trotz seiner packenden und auf-  
 regenden detektivischen Handlung ein Meister-  
 werk von tadelhafter Ausstattung und vor-  
 nehmer Wirkung, welcher seit Wochen das  
 Tagesgespräch der Grosstädte bildet.

Unsere Kleinen im Blumenzauber.

**Liebliche kleine Kätzchen**

Sehr interessante Aufnahmen.

Voranzeige.  
**Schloss-Café**  
 Eröffnung:  
 Samstag, 29. November.

**Arbeiter Beamte  
 spart Euer Geld!**

Laßt Euer Schuhe mit unseren bestbewährten  
 Gummisohlen statt mit dem immer teurer  
 werdenden Leder besohlen.

Ein gewaltiger Preisunterschied  
 statt 25 und 30 Mark bloss 4—5 Mark.

Auch zum Selbstauslagern werden Gummipfatten  
 und dazu geeignete Nägel abgegeben. Jede  
 Reparatur wird binnen 12 Stunden erledigt.  
 Ebenso offeriere prima Gummiaufsätze in rund  
 und Form.

Werder-  
 platz 34 **Gummiwarenhans** Werder-  
 platz 31.

**Geschäft**

gleich welche Branche, mit  
 oder ohne Haus, sofort zu  
 kaufen gelinst. 7-95  
 M. Vujan, Siegenhafts-  
 Büro, Herrenstrasse 33.

**Maurer**

werden eingestellt 8230  
 Baugeschäft Jof. Heß  
 Eubendstrasse 21.

Voranzeige.  
**Schloss-Café**  
 Eröffnung:  
 Samstag, 29. November.